

## HS 2013

**Bochsler 2009.** „Neighbours or Friends? When Swiss Cantonal Governments Cooperate with each other“

- Kehrseite des CH-Föderalismus : Aufgrund der starken Ungleichheit der Kantone bezüglich Grösse und Ressourcen erfordert die starke Dezentralisierung eine immer ausgeprägtere horizontale und vertikale Verflechtung
  - o Sachpolitisch: Konkordate
  - o Organisatorisch: Direktorenkonferenzen etc.
  - o Finanziell: Finanzausgleich
- Resultate:
  - o Distanz und Grösse der Kantone sind die wichtigsten Determinanten der Kooperation (ca. 85% der Konkordate umfassen 2-6 Kantone)
  - o Kooperationen sind viel wahrscheinlicher innerhalb der Sprachregionen
  - o Parteipolitik spielt keine Rolle

**Bühlmann/Freitag 2006.** „Individual and Contextual Determinants of Electoral Participation“

- Erklärung der beeinflussenden Fakten für die Wahlbeteiligung
- Resultate: (Unabhängige Variablen sind...)
  - o Politische Kompetenz und Pflichtgefühl
  - o Soziale Integration und Austausch
  - o Vertrauen und Zufriedenheit mit dem politischen System
  - o Parteiidentifikation
  - o Parteienwettbewerb
  - o Wahlpflicht
  - o Katholisch geprägtes Umfeld
- Des Weiteren wird kein Effekt der direkten Demokratie auf die Wahlbeteiligung in den NR-Wahlen 2003 gefunden

**Eugster/Strijbis 2011.** „The Swiss: A Political Nation?“

- Haben empirisch getestet, ob die Schweiz eine Willensnation ist.
- „Die Schweizer haben eine weitgehende homogene politisch-kulturelle Identität.“
- Argumente:
  - o Nation benötigt immer eine ethnische oder kulturelle Komponente
  - o Nationen sind Mischtypen, welche durch „Salienzhierarchien“ bestimmt werden.
- Sie wollten testen, ob die Schweizer in der Tat auch kulturelle Ideen der Nation teilen.
- Resultate:
  - o Die Schweiz ist ein mononationaler Staat
  - o Die kollektive Identität der Schweizer als Nation gründet nicht ausschliesslich und nicht primär auf institutionellen Charakteristika
  - o Die kulturelle Identität der Schweizer beruht auf dem kulturellen Pluralismus selbst
  - o Dieser kulturelle Pluralismus reflektiert aber nicht notwendigerweise Offenheit gegenüber Kulturen über die 3 Sprachgruppen hinaus
- Bedeutung der Resultate:

- Vielsprachigkeit/kultureller Pluralismus (an sich) kann die Grundlage des Zugehörigkeitsgefühls sein, welches Nation voraussetzt
- Diese Grundlage geht über kühlen, institutionellen Verfassungspatriotismus hinaus, indem sie eine gemeinsame kulturelle Leistung betont
- Grosse Relevanz für EU, welche nach Grundlage für gemeinsame Identität sucht

**Häusermann/Mach/Papadopoulos 2004.** „From Corporatism to Partisan Politics: Social Policy Making under Strain in Switzerland“

- Kernaussage: Die Sozialpartnerschaft ist im Zuge von Internationalisierung, Deindustrialisierung und Wirtschaftskrise seit den 90ern erodiert → damit Widerspruch zu Oesch 2007
  - „the social partners have largely lost their dominant position in policy-making.“
- Schwächung der Sozialpartnerschaft im Politikprozess (Konzertierung) weil
  - Druck auf Staatsfinanzen trägt zu Polarisierung bei und verhindert somit Kompromisse
  - Mediatisierung verunmöglicht vertrauliche Verhandlungen (in Hinterzimmern)
  - Verbände verlieren gegenüber Parteien an Legitimität
- Konsequenz: Entscheidungsfindung verlagert sich von den Verbänden zu den politischen Parteien, Verbände spielen nur noch Nebenrolle

**Hermann 2011.** Konkordanz in der Krise. Ideen für eine Revitalisierung.

- „Von der Zauberformel zur umpfropften Konkordanz“
- Durch verstärkten Parteienwettbewerb war Zauberformel irgendwann nicht mehr haltbar (Zauberformel 1959-2003)

**Leimgruber/Hangartner/Leemann 2010.** „Comparing Candidates and Citizens in the Ideological Space“

- Empirische deskriptive Studie: Untersuchung der Polarisierung von Wertorientierungen der politischen Elite und vom Volk
- Ideologische Polarisierung ist in der Elite ausgeprägter als im Volk → Extremisten in Parteien haben wenig Elektorat
- Gleichzeitig sind erfolgreiche Parteikandidaten ideologisch verschiedener zu den Basis-Partei-Supportern als nicht erfolgreiche

**Oesch 2007.** „Weniger Koordination, mehr Markt? Kollektive Arbeitsbeziehungen und Neokorporatismus in der Schweiz seit 1990“

- Der Deckungsgrad (Anteil Beschäftigter unter GAV) der Gewerkschaften bleibt weitgehend stabil, wobei die GAV inhaltlich heterogener geworden sind
- Verbände spielen in der Wirtschaftspolitik die Rolle des Vetoplayers
- CH wird zu den neokorporatistischen Ländern gezählt (od. liberaler Korporatismus); Katzenstein: „liberaler demokratischer Korporatismus“
- Gewerkschaften wurden Anfang 90er von der neoliberalen Wende überrascht
- Neuere Streiks deuten auf das Ende einer ungewöhnlich langen streikarmen Periode hin
- Der Neokorporatismus befindet sich seit den 90ern im Wandel, allerdings kann man nicht sagen, dass er in der CH von einem stark pluralistischen Modell abgelöst wird

- Unternehmen wollen sich weniger den Wirtschaftsverbänden unterordnen, was eine Herausforderung für den Neokorporatismus ist
- Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, ausserhalb ihres klassischen Terrains wie der Baubranche, also z.B. in DL-Branche, langfristig Fuss zu fassen
- Keine Schwächung der Sozialpartnerschaft bei Oesch 2007 im Gegensatz zu Häusermann et al. 2004 weil (Oesch 2007):
  - o Stabilität der industriellen Beziehungen in der Abdeckung durch GAV (trotz Deindustrialisierung)
  - o Neue Erfolge bei Mindestlohnregulierungen

**Oesch/Rennwald 2010.** „The Class Basis of Switzerland’s Cleavage between the New Left and the Populist Right“

- Sozio-strukturelles Realignment (bestimmte Gruppen wählen heute immer noch eine Partei, es ist aber nicht mehr die gleiche wie früher, z.B. Arbeiter neu SVP) hat in der CH besonders ausgeprägt stattgefunden und dadurch die Wählerschaft stark verändert.
- Das Wahlverhalten ist demnach immer noch stark klassenspezifisch (aber die Klassen wählen andere Parteien)
- Sie erstellen eine neue „Klassenstruktur“ in der CH und messen, wer wen wählt. Detaillierte Resultate in den Folien → 3.

**FS 2014**

**Afonso/Papadopoulos 2013.** „From modernisation compromises to adversarial retrenchment: Party coalitions and welfare state reforms in Switzerland, 1994-2011“

- HM: „Steigende Konfliktivität wegen Polarisierung durch SVP“
- Einfluss der aufsteigenden populistischen Rechten (PR) in CH und deren Effekt auf die Reformen des WFS
  1. Durch die zunehmende Polarisierung (SVP) wird die Basis für Links-Rechts-Kompromisse verkleinert; Kompromisse welche Einsparungen & Modernisierungen kombinieren können weniger stattfinden
  2. Einsparungen am WFS ohne Entschädigung können auch in einem System wie in der CH stattfinden, obwohl viele Vetopunkte
- Mehr mehrheitliche Entscheidfällung durch Aufstieg PR → „PR matters“

**Armingeon 2001.** Institutionalising the Swiss Welfare State

- Warum hat sich der CH-Sozialstaat im Vergleich so spät entwickelt und wieso ist er so konservativ? Antworten von Armingeon:
  - o Struktur: Industrialisierung ohne Urbanisierung
  - o Struktur: Tieferer Problemdruck (Kriegsfolgen, Arbeitsmarkt)
  - o Kultur: Historisch gewachsener Liberalismus
  - o Institutionen: Föderalismus, Subsidiarität und schwacher Staat
  - o Machtbalance: Schwache Linke
  - o Strategie der Gewerkschaften

**Armingeon 2014.** Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Schweiz

- Performanzprobleme des „liberalen Korporatismus in der CH“

- Die Kompensationspolitik in der CH hat „ihren Preis“
  - o Tiefes Wachstum
  - o Hohe Preise und tiefe Kaufkraft
  - o Steigende Arbeitslosigkeit, Entwicklung einer Sockelarbeitslosigkeit (Sockelarbeitslosigkeit ist der Anteil an Arbeitslosigkeit, die selbst dann bestehen bleibt, wenn die Konjunktur sich vollständig erholen würde)

**Armingeon/Emmenegger 2007.** Die Erosion des schweizerischen Modells.

- These: unter den neuen Bedingungen (Europäisierung, Globalisierung) ist die Exportwirtschaft seit ca. den 1990er Jahren nicht mehr bereit, diesen Preis (tiefes Wachstum, hohe Preise und tiefe Kaufkraft, steigende Arbeitslosigkeit und Entwicklung „Sockelarbeitslosigkeit“ zu bezahlen.
- „Erosion des schweizerischen Modells der Wirtschaftspolitik“

**Christmann/Danaci 2012.** Direct Democracy and Minority Rights. Direct and Indirect Effects on Religious Minorities in Switzerland

- Direkte Effekte der DD auf die Rechte religiöser out-group Minderheiten : Ablehnung von mehr Rechten
- Indirekte Effekte der DD auf die Rechte religiöser out-group Minderheiten ; Antizipierung einer Abstimmung durch die Eliten
- Wichtigste Resultate :
  - o Direktdemokratische Abstimmungen haben negative Effekte auf die Rechte religiöser Minderheiten wenn a) die relevante out-group als solche thematisiert wurde im Vorfeld und b) die SVP stark ist
  - o In parlamentarischen Prozessen wurden die Rechte religiöser Minderheiten nur dann ausgeweitet wenn keine Referendumsdrohung erhoben wurde
  - o In parlamentarischen Prozessen wurde die Rechte religiöser Minderheiten dann ausgeweitet, wenn sie in einem grösseren Paket eingeführt wurden und die SVP schwach war
  - o In parlamentarischen Prozessen wurden die Rechte religiöser Minderheiten dann eingeschränkt, wenn mit einem Referendum gedroht wurde und der Islam explizit erwähnt war
- ➔ Konsensdemokratien sind nicht durchwegs « minderheitenfreundlicher » sondern schützen nur « in-group » Minorities besser
- ➔ Eliten antizipieren direktdemokratische Entscheidungen (sie legitimieren anders, als wenn sie die DD nicht beachten würden)

**Fischer/Fischer/Sciarini 2009.** „Power and Conflict in the Swiss Political Elite: An Aggregation of Existing Network Analyses“

- Aufbauend auf Kriesi 1980, nach Kriesi sind die Entscheidungen in der CH von einer kleinen Elite dominiert
- Vergleich der Struktur der CH-Elite in den 70ern zu heute, dabei wurden massgebliche Differenzen entdeckt
- Spezifische Parteien aber auch einzelne spezifische Staatskörperschaften konnten ihren Einfluss ausdehnen während die meisten Interessengruppen an Einfluss verloren haben
- Die Internationalisierung (v.A. Europäisierung) hat grossen Einfluss in CH
  - o Diejenigen Verwaltungseinheiten, die direkt mit der EU zu tun haben gehören neu zum Kern der politischen Elite

- Der Kern der Schweizer politischen Elite ist heute sogar noch kleiner und verschlossener als in den 70ern, der Kern der Akteure ist nicht gewachsen
  - o Als Erklärung hierfür wird die durch die zunehmende Komplexität der Politik verursachte Spezialisierung der Abgeordneten angesehen. Weil man Spezialist in einem Gebiet sein muss um mitzureden, ist das Gebiet naturgemäss nicht allen offen
- Stärkere Position der Parteien (insb. SVP) als in den 70er-Jahren während Abnahme des Einflusses von Verbänden/IGs (zunehmende Schwierigkeiten der Sozialpartnerschaft)
- Macht der Parteien wird generalisierter, Macht der Verbände spezifischer
- Macht der Verwaltung hat sich stärker ausdifferenziert: Europäisierung stärkt die aussenwirtschaftspolitischen Teile der Verwaltung
- Abnahme der Macht des Bundesrates

**Häusermann 2010.** Reform opportunities in a Bismarckian latecomer. Restructuring the Swiss Welfare State.

- Seit den 70ern ist der Schweizer Sozialstaat stark gewachsen, auf ein etwa durchschnittlich europäisches Niveau
- Das späte Wachstum hat dabei zu einem „hybriden Sozialstaatsmodell“ geführt:
  - o Ausbau der Versicherungsleistungen **auf moderatem Niveau** (da Modernisierung bereits in Zeiten knapper Mittel erfolgte)
  - o Gleichzeitiger Ausbau von **aktivierender Sozialpolitik** als Paketlösungen (da bereits ausländische Modelle dafür vorhanden waren)

**Häusermann/Zollinger 2014.** „Familienpolitik“

- Kapitel im Handbuch der Politik, keine empirische Studie o. Ä.
- Zentrum des Kapitels: Politische Reaktion auf familienpolitische Herausforderungen der CH
- Sehr heterogene Entwicklung der Schweizer Familienpolitik über Politiksubfelder und über Kantone hinweg
  - o Weil Familienpolitik inhärent mehrdimensional ist, sie hat sowohl sozialpolitische, wie auch bildungspolitische, arbeitsmarkt-, und integrationspolitische sowie gleichstellungs- und gesellschaftspolitische Bedeutungen  
→ Überschneidende Konfliktlinien
- Paradoxes Bild der (Familien-)Politikentwicklung in CH: Einerseits hat die CH in den letzten 20 Jahren tiefgreifende Reformen erfahren, die dem Bild der reformunfähigen, durch Vetospieler immobilisierten CH klar widersprechen. Gleichzeitig bleiben aber die Staatsausgaben im Bereich der Familienpolitik in der CH im internationalen Vergleich auf sehr tiefem Niveau
- Resultat aus der Untersuchung dieses Paradoxons: Familienpol. Reformen sind in der CH deshalb so prekär, weil sie nur durch Unterstützung der wirtschaftsliberalen Kräfte möglich sind. Durch die zunehmende Polarisierung der CH-Parteien ist diese Unterstützung nur limitiert und punktuell. Familienpolitik ist somit geprägt von instabilen Mehrheiten, welche kohärente Antworten auf strukturelle Probleme nicht verunmöglichen, aber erschweren

**Safi 2010.** Swiss Euroskepticism: Economically or Culturally Determined?

- Abhängige Variable : EU-Beitritt Ja/Nein

- Unabhängige Variablen:
  - o Klasse, Bildung und Einkommen
  - o Kulturelle Einstellung, „offene vs. traditionelle CH“ und „universalistisch vs. Inländerbevorzugung“
  - o Ökonomische Einstellung
  - o Nationalstolz (Identität)
- Resultate zeigen dass Euroskeptizismus heute in der CH keine Frage von Kosten/Nutzen ist, sondern eine Frage von gemeinsamen Werten, welche die Angst vor Souveränitätsverlust, Bürgerrechtsverlust und Verlust der gemeinsamen kulturellen Identität beinhalten

**Sciarini 2013.** „Eppure si muove: the changing nature of the Swiss consensus democracy“

- Kernaussage : Massgebliche Veränderungen in der CH-Konsensdemokratie
- Untersuchung der Veränderung des CH-Entscheidungssystems und verwandten Strukturen mittels 300 Interviews mit der Elite → social network analysis
- Vorparlamentarische Phase ist immer noch wichtig, aber nie mehr so wichtig wie früher. Gleichzeitig ist die parlamentarische Phase wichtiger geworden
- Feststellung grosser Veränderungen wie
  - o Schwächung von korporatistischen Arrangements in vorparlamentarischer Phase
  - o Stärkung des Parlaments
  - o Machtverschiebung zwischen Regierungsparteien und Interessengruppen: Regierungsparteien haben mehr Macht, economiesuisse ist die einzige Interessengruppe die gleich stark wie Regierungsparteien bleiben kann, die anderen IG verlieren an Macht (weil die vorparlamentarische Phase nicht mehr so wichtig ist)
- Miteinbezug der Europäisierung, scheint ein wichtiger Treiber der Veränderungen in CH-System zu sein

Schlusswort: „Während die Tradition des konsensualen Policy-Makings bereits erodiert ist, wird das Ersetzen von korporatistischen Absprachen in der vorparlamentarischen Phase durch konfrontierende Politik in der parlamentarischen Phase die CH weiter weg vom Idealtypus der Konsensdemokratie wegbewegen.“

**Linder 2011.** „Europe and Switzerland, Europeanization without EU membership“

- „Switzerland is following a path of straightforward Europeanization“